

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

13.7.1928 (No. 162)

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM., einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen karrierefester Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verteilung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die deutsche Antwort auf den Kellogg-Vorschlag

Die deutsche Antwort auf die amerikanische Note vom 23. Juni betr. den internationalen Kriegsschlichtungspakt besagt, daß die deutsche Regierung die Note und den Entwurf des Paktes mit größter Sorgfalt geprüft habe. Der in der Note dargelegte Standpunkt entspricht der grundsätzlichen deutschen Auffassung. Deutschland ist bereit, diesen Pakt in der jetzt vorgeschlagenen Form zu unterzeichnen.
Deutschland hat somit die präzise Frage, ob es bereit sei, einen Vertrag zur Befestigung des Friedens zu unterzeichnen, mit einem klaren Ja beantwortet. Die deutsche Antwort ist deswegen so kurz gehalten, um sie nicht durch irgendwelche Zusätze zu verschleiern. Ferner wird in Berlin betont, daß nicht davon gesprochen werden kann, daß Deutschland den französischen Standpunkt billige. Wenn von französischer Seite angedeutet wird, daß sich Frankreich ebenfalls auf den Voden der amerikanischen Note stellt, dann kann uns das nur erwünscht sein. Frankreich scheint erkannt zu haben, daß es mit seinen Vorbehalten nicht durchdringt.
Die Reichsregierung hat ein Weißbuch veröffentlicht, das das gesamte Material zum Kriegsschlichtungspakt umfaßt. In der Sammlung sind alle Noten, die in dieser Angelegenheit zwischen den beteiligten Regierungen ausgetauscht wurden, in englischer und deutscher Sprache enthalten.

W.B. Washington, 13. (Tel.) Die deutsche Antwortnote auf den amerikanischen Antikriegspaktvorschlag wurde hier veröffentlicht. Die Zeitungen betonen übereinstimmend, daß Deutschland wiederum als erster Staat den Friedensvorschlag Amerikas zugestimmt habe.
Der französische Botschafter hat gestern nachmittag Staatssekretär Kellogg aufgesucht und ihm mitgeteilt, daß der französische Minister des Äußern, Briand, voraussichtlich am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, Botschafter Herrick die vorbehaltlose Zustimmung der französischen Regierung zu den in der letzten Note Kelloggs enthaltenen Erklärungen übermitteln werde.

Lohnsteuerentwurf und Reichsrat

Obwohl der Reichstag am Donnerstag die Vorlage über die Senkung der Lohnsteuer verabschiedet hat, ist noch keineswegs sicher, daß dieses Gesetz auch endgültig in Kraft treten kann. Es ist nämlich sehr fraglich, ob sich für diese Vorlage in der heute nachmittag stattfindenden Reichsratsitzung eine Mehrheit findet.
Preußen hat Bedenken, wird jedoch, soweit das Staatsministerium mit seinen 13 Reichsratsstimmen in Frage kommt, keinen Einspruch gegen das Gesetz erheben. Allerdings vermutet man, daß zahlreiche preußische Provinzvertreter mit „Nein“ stimmen werden. Außerdem dürfte feststehen, daß auch Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Oldenburg und Bremen das Lohnsteuerentwurfgesetz ablehnen. Es hängt dann tatsächlich von der Zahl der mit „Nein“ stimmenden preußischen Provinzvertreter ab. Sollte auf diese Weise die Lohnsteuerentwurf zu Fall kommen, so würde das in der Praxis bedeuten, daß vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags im Herbst keine Steuerentwurf mehr zustande kommen kann. Die an sich mögliche nochmalige Einberufung des Reichstags durch den Präsidenten dürfte deshalb nicht erfolgen, weil es zur Zeit unmöglich erscheint, die dann erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Lohnsteuerentwurf zu erlangen.
Während also die Chancen für die Lohnsteuerentwurf ungünstig beurteilt werden müssen, wird in parlamentarischen Kreisen als sicher damit gerechnet, daß der Reichstag in seiner heutigen letzten Sitzung mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit die Amnestievorlage verabschieden kann.

Wissel über die sozialpolitischen Aufgaben

Reichsarbeitsminister Wissel empfing am Mittwoch in Berlin die Vertreter der Presse und gab in längerer Aussprache einen Überblick über die sozialpolitischen Aufgaben der neuen Reichsregierung.
Zunächst werde der vom Reichsrat bereits verabschiedete Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes alsbald dem Reichstag vorgelegt werden. Das Arbeitszeitgesetz wird durch ein Bergarbeitergesetz ergänzt werden, das insbesondere der erhöhten Unfallgefahr unter Tage Rechnung tragen wird. Ferner beabsichtige die Regierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Mit Bezug auf das Schlichtungswesen, erklärte der Minister, daß auch hier Abänderungsvorschläge gemacht worden seien. Für den Fall, daß die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten erheblich zunimmt, seien zur Entlastung des Arbeitsmarktes die öffentlichen Notstandsarbeiten zu verstärken. Das Reichsarbeitsministerium wird seine Bemühungen bei der Reichsbahn und der Reichspost weiter fortsetzen, daß diese Stellen bei Eintritt größerer Arbeitslosigkeit möglichst umfangreiche Aufträge an die Wirtschaft herausgeben. Die Versorgung der Kriegesbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sei in den letzten Jahren ständig verbessert worden. Der Verkehr zwischen Versorgungsbemittelten und Versorgungsberechtigten solle immer von steter Sorge und uner müßlicher Hilfsbereitschaft für die Versorgungsberechtigten erfüllt sein.

Auszeichnung des Oberstaatsanwalts Facht. Das Pariser „Journal officiel“ veröffentlicht die Ernennung des Oberstaatsanwalts des Colmarer Autonomistenprozesses, Facht, zum Offizier der Ehrenlegion und eine gleichzeitige Ernennung zum Richter des Kassationshofes in Paris.

Letzte Nachrichten

Eröffnung der durchgehenden Murgtalbahn

W.B. Karlsruhe, 13. Juli. (Tel.) In Anwesenheit einer großen Zahl prominenter Gäste aus Baden und Württemberg wurde heute mittag mit einem feierlichen Akt die Teilstrecke Raumnäzsch—Kisferreichenbach der Murgtalbahn eröffnet und dem öffentlichen Betrieb übergeben und damit das seit vielen Jahren der Ausführung harrende Projekt der durchgehenden Murgtalbahn von Kastatt bis Freudenstadt (Württemberg) verwirklicht.
Die neue Bahn, die in südöstlicher Richtung nunmehr den Schwarzwald in seinem nördlichen Teil überquert, gehört zu ihrem kleineren Teil zum Karlsruher, zum größeren Teil zum Stuttgarter Reichsbahndirektionsbezirk und erschließt eine reizende Naturgegend nunmehr dem allgemeinen Verkehr. Auf den einzelnen Stationen der neuen, 15 Kilometer langen Teilstrecke sind die Bahnhöfe festlich geschmückt, die Bevölkerung in großen Massen zugegen, und überall finden Begrüßungen durch den Bürgermeister bzw. Schultheißen statt. Bei dem gemeinsamen Mittagessen sprechen u. a. die Präsidenten der Reichsbahndirektionen Stuttgart und Karlsruhe, Dr. Sigel und Frhr. v. Gleichen, über die Bedeutung bzw. die Geschichte der neuen Linie und ihre wirtschaftlichen Aussichten.

Noch 140 000 Liquidationsschädenfälle

W.B. Berlin, 13. Juli. (Tel.) Der Reichstagsausschuß für die Liquidations- und Verdrängungsschäden hielt heute eine Aussprache über die Befreiung der Abwicklung der Liquidationsschäden ab.
Ministerialdirektor Dorn legte die Schwierigkeiten dar, die das Entschädigungsamt zu bewältigen hat. Anfangs seien 150 Fälle täglich bearbeitet worden. Durch technische und organisatorische Anordnungen sei inzwischen die Arbeitsleistung auf 300 Fälle täglich, ohne Vermehrung des Personals, gesteigert worden. Unter den 200 000 zu bewältigenden Fällen seien 40 000 Güterfälle; von den übrigen 160 000 seien inzwischen rund 20 000 Fälle durch Festsetzung der Schlussentwidmung erledigt, so daß 140 000 Fälle übrigbleiben, die etwa noch eine Zeit von 14 Monaten zu ihrer Erledigung erfordern. Die festgesetzte Schlussentwidmung mache einen Betrag von 46 Millionen Reichsmark aus, d. h. etwa ein Viertel der Summe, die für eine Varentschädigung in Frage kommt.
In der Aussprache kam von allen Parteien der Wunsch zum Ausdruck, daß die Arbeiten möglichst beschleunigt werden möchten. Der Ausschuß beschloß, die Regierung zu bitten, alle technischen, organisatorischen und personellen Maßnahmen zu treffen, die geeignet seien, das Verfahren zu beschleunigen.

Polnische Mandover im Wilna-Gebiet

W.B. Warschau, 13. Juli. (Tel.) Wie die Ostagentur aus Wilna meldet, sollen in allernächster Zeit im Wilnaer Land Mandover abgehalten werden, an denen sich vier Infanteriedivisionen, Kavallerie und Artillerie beteiligen werden. Die Mandover werden von Armeespektor Komar geleitet werden.

Reichskabinett und Eisenbahnerhöhung. Das Reichskabinett beschäftigte sich am Donnerstag mit der Frage der Erhöhung der Tarife. Das Reichskabinett beschloß, zur weiteren Klärung der Angelegenheit die Verhandlungen mit der Reichsbahn durch die zuständigen Ministerien fortzuführen.

Die Rettungstat des „krassin“

Die Malmgrens- und die Siglierguppe gerettet
Der russische Eisbrecher „krassin“ hat am Donnerstag von der gescheiterten Nobils-Expedition die Malmgrens- und die Siglierguppe gerettet. Morgens gelang es ihm, die beiden Mitglieder der Malmgreengruppe, Mariano und Zappi aufzunehmen. Malmgren selber ist bereits vor einem Monat gestorben. Zappi ist gesund, Mariano hat ein Bein durch Frost eingebüßt. Im übrigen befinden sich beide wohl, obwohl sie die letzten 13 Tage keine Nahrung mehr hatten. Der Eisbrecher setzte sodann seine Fahrt zur Suche nach der Gruppe Siglieri fort. Er traf günstige Eisverhältnisse an und konnte Donnerstagabend die Siglieri-Gruppe an Bord nehmen. Nunmehr will das Schiff Nachforschungen nach Amundsen und der Nesselbri-Gruppe vornehmen.
Die Gruppe, die unter Führung des Meteorologen Malmgren, war seinerzeit von der Nobilgruppe wegmarchiert, um den Versuch zu machen, über das Eis an Land zu kommen. Man kam aber nicht vorwärts und die Lebensmittel gingen aus. Die beiden Überlebenden teilten mit, daß Malmgren am 15. Juni erfroren sei. Beim Niedergehen der „Italia“ auf das Eis hätte er sich bereits eine Hand gebrochen gehabt. Sie seien dem Bahnsinn nahe gewesen und hätten höchstens noch drei Tage ausgehalten. Während ihres Marches hätten sie nicht weniger als acht Flugzeuge gesehen, die ihnen jedoch nicht so nahe gekommen seien, daß sie von ihnen bemerkt werden konnten. Sie seien überglücklich gewesen, als endlich Tsichnowski durch das Umlaufen angedeutet hätte, daß er sie gesehen habe.

Wirtschaftliche Umschau

Auf seiner Orientierungsreise nach dem Süden unseres Landes hat sich der badische Landtag erneut mit den großen Projekten der Wasserwirtschaft vertraut gemacht, welche bedeutungsvolle Fragen des badischen Wirtschaftslebens enthalten. Es handelt sich um die Ausnutzung der dort vorhandenen gewaltigen Wasserkrafts und in Verbindung damit um die Schiffbarmachung des Oberrheins. Über die Elektrizitätsverföorgung und Stromgewinnung gab der badische Finanzminister Dr. Schmitt in seinem, von uns ausführlich wiedergegebenen Vortrag ein eingehendes Bild, das noch ergänzt wurde durch das Referat eines technischen Sachmannes, Regierungsabaurat Henniger.

Der Präsident der Wasser- und Straßenbaudirektion, Dr. Fuchs, behandelte dann die Nutzbarmachung des Ober- und Hochrheins als Schiffahrtsstraße und Kraftquelle. Er schilderte den Rhein als das Rückgrat der badischen Wirtschaft. Der Regulierung des Rheins bis Straßburg müsse nun die Regulierung des Rheins bis Basel folgen, um den Ausbau des Stromes als Schiffahrtsstraße bis zum Bodensee zu ermöglichen. Deutschland und Baden haben ja von der Verlegung des Endpunktes der Schiffahrt nach Basel allein keine Vorteile, eher Verluste für die Rheinhäfen und Ausfälle an Eisenbahneinnahmen zu erwarten. Erst die Schiffbarmachung der Gesamtstrecke bis zum Bodensee ergibt ein unserer badischen und deutschen Wirtschaft dienendes Projekt. Der von der badischen Wasser- und Straßenbaudirektion für die Schweiz ausgearbeitete Entwurf der Regulierung Straßburg—Steier — der Kempter Stufe zur Überwindung der steiner Schwelle hat Deutschland bekanntlich zugestimmt — ist mit 50 Mill. M. einem Bruchteil der Kosten und in einem Bruchteil der Bauzeit des geplanten französischen Seitenkanals, in 10 Jahren zu verwirklichen. An den Kosten der Regulierung wird sich Deutschland beteiligen, unter der Voraussetzung, daß sich daran in absehbarer Zeit der Ausbau der Wasserstraße des Rheins bis zum Bodensee anschließt. Hierfür ist die Ausführung von Kraftwerkbauten auf dieser Rheinstrecke und das Zusammenarbeiten mit der Schweiz bei der Verwendung der zu gewinnenden gewaltigen Energiemengen maßgebend. Nur wenige Konzessionen stehen noch aus. Und so ist zu hoffen, daß eine Verständigung der beteiligten Länder über die Gesamtschiffbarmachung des Oberrheins zustandekommt, auch mit Frankreich, das sich seinerzeit ja verpflichtet hat, der Regulierung seinen technischen und administrativen Beistand zu geben. Präsident Fuchs wies in seinen Ausführungen allerdings auch darauf hin, daß der Plan der Regulierung und der Plan des Rheinsseitenkanals auf die Dauer nicht nebeneinander bestehen könnten.

Der Ausbau des Rheins zwischen Basel und Konstanz wird gewaltige und relativ billige Mengen an Wasserkrafts bringen. Es handelt sich um sog. Laufwasserkrafts mit einer Kapazität von 1,5 Milliarden Kilowattstunden. Ihren vollen Wert können sie allerdings nur dadurch erhalten, daß sie mit einem großen Speicherverk in Verbindung gebracht werden. Mit diesem Werk, dem Schluchseewerk und seiner Notwendigkeit beschäftigte sich insbesondere der Vortrag des Finanzministers. Bei den Niederdruckwerken des Hochrheins ist eine Zurückhaltung des Wasserzuflusses nicht möglich. Diese sog. Niederdruckwerke erzeugen oft wesentlich höhere Kraftmengen, namentlich im Sommer, als man braucht. Erst ein Hochdruckspeicherverk wie das des Schluchseewerks ermöglicht deren Ausnutzung zu 60 Proz., indem die sonst nutzlos abfließende Wasserkraft elektrischen Strom zum Betrieb von Pumpen erzeugt, wodurch in hochliegenden Becken Wasser, und damit Kraft gespeichert wird. Ein derartiges Werk — wir haben bereits das Schwarzenbachwerk — deckt daraus in Zeiten besonders hohen Strombedarfs, also besonders abends und im Winter, den Spitzenbedarf. Während aber das Schwarzenbachwerk 14 Mill. Kubikmeter Stauraum hat, wird derjenige des Schluchseewerks 108 Mill. betragen. Es wird eines der gewaltigsten Speichervwerke der Welt werden, seine Gesamtenergieleistung wird im Vollausbau 350 Millionen Kilowattstunden betragen. Die rationelle Nutzbarmachung der Krafts des Oberrheins ist nur in Verbindung mit dem Schluchseewerk möglich. Nachdem in diesen Tagen die Genehmigung zum Bau des Werkes

Mit der Beilage: 35. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags





